



S91143/10-PMVD/2025

25. April 2025

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat MMag. Wieninger, Genossinnen und Genossen haben am 27. Februar 2025 unter der Nr. 640/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Anhäufung von Schadenersatzleistungen durch Fehlbesetzungen“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

In den Jahren 2017 bis dato wurden alljährlich deliktische und vertragliche zivilrechtliche Schadenersatzansprüche, betreffend den Wirkungsbereich des Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), von der Finanzprokuratur übermittelt. Bei den nachstehend dargestellten Zahlen ist die personelle Größe des BMLV samt dem damit einhergehenden bundesweiten militärischen Dienst-, Ausbildungs- und Übungsbetrieb und die Wahrnehmung der verfassungsgesetzlich übertragenen Aufgaben, wie Einsätze im In- und Ausland, stets zu berücksichtigen. Die Fallzahlen in nachstehender Übersicht von anhängigen und auch evidenten¹ zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren (ohne Organhaftungsverfahren) umfassen (vorgeworfene) Sach- und reine Vermögensschäden (insbesondere durch Heeres-Kraftfahrzeuge [HKfz] im Zuge von Übungen und Ausbildungen, Eurofighter-Überschalltrainings, Schäden im Rahmen der Anlagenhaftung und des Forstrechtes, Verdienstentgang u.v.m.), (vorgeworfene) Personenschäden bzw. gesundheitliche Beeinträchtigungen (Unfälle mit HKfz, vorgeworfenes Mobbing und verursachte psychische Beeinträchtigungen, militärärztliche Fehlbehandlungen, Schäden im Rahmen der Anlagenhaftung u.v.m.) und bestandsrechtliche Schadenersatzforderungen:

1 Abgelehnte Ersatzbegehren, deren Verjährungsfrist zur gerichtlichen Geltendmachung noch nicht abgelaufen sind.

Kalenderjahr	Anzahl der Schadenersatzverfahren
2017	256 Schadenersatzverfahren
2018	265 Schadenersatzverfahren
2019	263 Schadenersatzverfahren
2020	266 Schadenersatzverfahren
2021	236 Schadenersatzverfahren
2022	238 Schadenersatzverfahren
2023	229 Schadenersatzverfahren
2024	231 Schadenersatzverfahren
2025	224 Schadenersatzverfahren

Zu 1a:

Dazu verweise ich auf nachstehende Übersicht:

Kalenderjahr	Anzahl der Ersatzbegehren
2017	1 eingelangtes Ersatzbegehr
2018	2 eingelangte Ersatzbegehren
2019	Keine
2020	3 eingelangte Ersatzbegehren
2021	4 eingelangte Ersatzbegehren
2022	2 eingelangte Ersatzbegehren
2023	Keine
2024	Keine
2025	Keine

Zu 2:

Im Hinblick auf die überaus breite geschäftseinteilungsmäßige Zuständigkeit in Angelegenheiten des Schadenersatzes, lässt sich der personelle und finanzielle Aufwand für die Abwehr und Anerkennung von Schadenersatzansprüchen gegen den Bund nicht einzelweise herausrechnen. Ich ersuche dementsprechend um Verständnis, dass eine Beantwortung dieser Frage nicht möglich ist.

Zu 3 und 4:

Ein Fall aus dem Jahr 2017 führte zu einer Schadenersatzleistung aus „postenbesetzungsbezogenem Sachverhalt“ über insgesamt 73.690,40 Euro brutto für einen Verdienstentgang für den Zeitraum 2016 bis dato. Grundlage dafür war ein von der Finanzprokuratur abgeschlossener außergerichtlicher Vergleich vor einem Landesgericht.

Zu 5:

Entfällt.

Mag. Klaudia Tanner

